

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

93. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 3. März 2004

Tagesordnungspunkt 3:

Fragestunde

(Drucksache 15/2564)

8279 C

Maßnahmen der in Afghanistan stationierten Bundeswehrtruppen gegen den Rohopiumanbau

MdIANr 7 **Dr. Gesine Löttsch** fraktionslos

Antw StM'in Kerstin Müller AA

8282 A

ZusFr Dr. Gesine Löttsch fraktionslos ...

8282 C

ZusFr Petra Pau fraktionslos

8283 B

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: (...)

Ich rufe nun die Frage 7 der Kollegin Dr. Gesine Löttsch auf:

Was unternehmen die Bundesregierung und die in Afghanistan stationierten Bundeswehrtruppen politisch, militärisch und finanziell gegen den zunehmenden Rohopiumanbau in Afghanistan und auf welche Erfolge kann die Bundesregierung im Kampf gegen den Rohopiumanbau verweisen?

Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt:

Die Frage beantworte ich wie folgt: Deutschland leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau Afghanistans. Unser Engagement haben wir durch die Übernahme eines regionalen Wiederaufbauteams in Kunduz, die Einrichtung einer Außenstelle der Botschaft in Herat und die Verstärkung der Hilfe beim Polizeiaufbau erheblich ausgeweitet. Wir tragen maßgeblich dazu bei, dass die Menschen in Afghanistan wieder mit Optimismus in die Zukunft blicken können und dass von diesem Land weniger Bedrohung für die Welt, insbesondere für Europa und Deutschland, ausgeht.

Deutschland hat im Rahmen einer internationalen Arbeitsteilung in Afghanistan die Führungsfunktion beim Aufbau der Polizei übernommen. Dies schließt auch den Aufbau einer afghanischen Drogen- und Grenzschutzpolizei ein und stellt einen wichtigen Beitrag zur von Großbritannien übernommenen Aufgabe der Bekämpfung des Drogenanbaus dar.

Entwicklungspolitisch fördern wir Maßnahmen zur Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten für Menschen, die bisher vom Opiumanbau bzw. -handel leben. Ebenfalls engagieren wir uns in einem Projekt zur Drogenkonsumprävention. Insgesamt hat Deutschland bisher 320 Millionen Euro für den Zeitraum 2002 bis 2005 an Unterstützung für Afghanistan zugesagt.

Im Rahmen der parlamentarischen Behandlung des aktuellen Bundestagsmandates zur Beteiligung an ISAF hat die Bundesregierung zugesichert, dass die Drogenbekämpfung nicht im Mandat des Bundeswehreinsetzes enthalten ist. Zentrale Aufgabe der Sicherungskomponente im deutschen Wiederaufbauteam ist die Schaffung eines Klimas der Sicherheit, in dem unter anderem afghanische Kräfte zur Drogenbekämpfung ausgebildet werden.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Eine Zusatzfrage, Frau Dr. Löttsch.

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Staatsministerin, ist der Bundesregierung bekannt, dass der Suchtstoffkontrollrat der Vereinten Nationen, INCB, in seinem Jahresbericht einschätzt, dass der Drogenanbau in Afghanistan trotz politischer Veränderungen nicht zurückgeht, sondern – im Gegenteil – ansteigt? Welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung daraus?

Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt:

Das ist uns bekannt. Wir ziehen daraus die Schlussfolgerung, dass wir uns im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten und im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung weiter für diejenigen Aufgaben einsetzen, die ich Ihnen gerade genannt habe. Wir sind insbesondere in der Ausbildung der Polizei tätig. Dabei geht es unter anderem um den Aufbau einer Polizei, die im Bereich der Drogenbekämpfung eingesetzt werden kann. Für die Bekämpfung des Drogenanbaus und Drogenhandels ist Großbritannien zuständig.

Ich kann nur sagen: Dies ist ein Problem, das man nicht von heute auf morgen lösen kann; es geht vielmehr um langfristige Strategien. Vor allen Dingen muss es darum gehen, Einkommensalternativen für die Menschen zu entwickeln. Ich könnte Ihnen jetzt sehr ausführlich darstellen, was wir da machen. Sie wissen ja: Die jährlichen deutschen Leistungen in Afghanistan betragen circa 80 Millionen Euro. Sie werden für die Schaffung von Einkommensmöglichkeiten – Arbeitsplätze, der Ausbau einer sozialen wirtschaftlichen Infrastruktur, Ernährungssicherungsvorhaben im ländlichen Raum, die Förderung der Privatwirtschaft, Maßnahmen zur Trinkwasseraufbereitung, Elektrifizierungsprogramme, die Förderung der Privatwirtschaft, Mikrokreditprogramme – eingesetzt.

Durch diese Hilfe entstehen sukzessive Erwerbsalternativen zum Opiumanbau. Das dient dazu, die Lebensverhältnisse ländlicher Familien zu verbessern. Ich könnte Ihnen noch ausführlicher darstellen, wie genau und in welchem Umfang wir dort die Polizei ausbilden.

Zusammengefasst: Es geht hier um eine langfristige Strategie. Im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung soll sich gerade nicht jedes Land um alle Probleme in Afghanistan kümmern.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:
Eine weitere Zusatzfrage, Frau Löttsch.

Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Staatsministerin, wenn Sie sagen, nicht jedes Land solle sich um alle Probleme kümmern, dann scheint es mir doch ein sehr zentrales Problem zu sein – aber gut.

In dem von mir erwähnten Bericht wird auch die Einschätzung getroffen, dass Österreich für den Drogenhandel als Tor in den Westen dient, dass also gerade über Österreich viele Drogen, viele Opiate direkt aus Afghanistan nach Europa kommen. Welche Schlussfolgerung zieht die Bundesregierung aus dieser Erkenntnis? Wie arbeitet sie mit den österreichischen Behörden zusammen, um dem Drogenhandel über den Weg Afghanistan–Österreich–Europa entgegenzutreten?

Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt:

Man könnte jetzt wahrscheinlich verschiedene Länder nennen, über die der Opiumhandel und der Handel mit anderen Drogen abgewickelt werden. Wir arbeiten natürlich im Rahmen Europas, im Rahmen der internationalen Gemeinschaft – es gibt eine entsprechende Kommission im Rahmen der Vereinten Nationen – mit den Österreichern zusammen.

Noch einmal: Ich glaube, dass kurzfristige Strategien hier nicht helfen. Man muss zum einen mit polizeilichen Maßnahmen antworten; zum anderen muss es letztlich darum gehen – davon bin ich fest überzeugt –, für die Menschen in Afghanistan eine Einkommensalternative zu entwickeln. Nur wenn das gelingt, ist es möglich, dass der Bauer vor Ort eben nicht Opium, sondern etwas anderes anbaut.

Bis es uns, damit meine ich die internationale Gemeinschaft, gelungen ist, eine solche Alternative zu entwickeln, wird sicherlich – das verhehle ich nicht – einige Zeit vergehen. Die internationale Gemeinschaft verfolgt einen langfristigen, nachhaltigen politischen Ansatz. Bis es so weit ist, muss man alles tun, was im Rahmen der Zusammenarbeit mit Österreich oder anderen Ländern möglich ist, um zu verhindern, dass hier Drogen eingeschmuggelt werden. Langfristig muss es darum gehen, die Ursachen zu bekämpfen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Pau, Sie haben das Wort zu einer weiteren Zusatzfrage.

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Staatsministerin, Sie sagten, dass Sie über die Erfahrungen beim Aufbau der Polizei bzw. bei der Polizeiausbildung ausführlicher berichten können. Ich möchte Ihnen mit meiner Nachfrage diese Gelegenheit geben: Wie sind die bisherigen Erfahrungen beim Aufbau einer Drogen- und Grenzpolizei? Auf welche Schwerpunkte konzentrieren Sie sich bei der Ausbildung?

Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt:

Wie gesagt, die Polizeiausbildung ist einer der Schwerpunkte der deutschen Unterstützung. Dafür wurden seit 2002 9 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Dies umfasst die Ausbildung von circa 3 500 Polizeibeamten, übrigens Polizisten und Polizistinnen. Das ist ein wichtiges Pilotprojekt, das sehr interessant ist und auch Vorbildfunktion für andere Länder haben wird. Es umfasst ferner den Aufbau einer Polizeiakademie und die Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen wie Kfz und Telekommunikationseinrichtungen.

Von den bisherigen Aktivitäten beim Aufbau der Antidrogenpolizei, der Counter Narcotics Police of Afghanistan, CNPA, lassen sich die Renovierung und die Ausstattung zweier Gebäude, die Erstellung spezifischer Ausbildungskonzepte sowie die Durchführung von Schulungsmaßnahmen hervorheben, durch die die Auswertungs- und Informationsbeschaffungseinheit ihre Arbeit bereits aufnehmen konnte.

Des Weiteren unterstützt die Bundesregierung Afghanistan beim Aufbau der Grenzpolizei, zu deren Aufgaben die Unterbindung des Schmuggels gehört.

Von den von Deutschland jährlich insgesamt erbrachten Leistungen von 80 Millionen Euro werden 30 Millionen Euro vom Auswärtigen Amt und 30 Millionen Euro vom BMZ verwaltet. 20 Millionen Euro sind für Leistungen an multilaterale Geber wie das VN-System in Afghanistan, also UNAMA, vorgesehen, zum Beispiel zur Bezahlung von Gehältern von Polizisten und Polizistinnen sowie Lehrern und Lehrerinnen über das UNDP.

Neben den genannten Bereichen unterstützt Deutschland Afghanistan auch auf dem Gebiet der Rechtsberatung – es ist sehr wichtig, diese Institutionen aufzubauen –, des Universitätswesens und der politischen Bildung. Auch Projekte im Bereich Kultur, unter anderem von der Deutschen Welle, das Projekt Goethe-Institut – das ist eines der ersten Kulturinstitute, das in Afghanistan überhaupt wieder eröffnet hat –, sowie im Bereich der Bildung und Frauenförderung, zum Beispiel in Kandahar, werden gefördert.

Dies alles ist im Rahmen einer Gesamtstrategie und natürlich auch im Rahmen der Mittel zu sehen, die von den anderen Gebern im Zuge der internationalen Arbeitsteilung zur Verfügung gestellt werden.